

Einmal mehr überlässt man im Kanton Basel-Stadt linksalternativen Chaoten ein Areal und dessen Gebäude, welches im Besitze des Staates ist.

Klein hat die illegale Besetzung, welche durch den tragischen schweren Unfall eines Jugendlichen abrupt endete, begonnen und anstatt sofort einzugreifen, um Schlimmeres zu verhindern, sympathisierten sich gemäss Medien Politiker aus dem links-grünen Spektrum mit den Aktivisten und sind somit zumindest moralisch mitverantwortlich für das erhöhte Risiko, die riesige Menschenansammlung von über 1'000 Personen, sowie die mutwillige Zerstörung von medizinischen Geräten, Material, Mobiliar und sonstigem Material, welches für arme Länder bestimmt war.

Leider finden solche Ereignisse von Hausbesetzungen und Gewalt von linksautonomen oder linksalternativen Gruppierungen, auch wenn in kleinerem Ausmass, regelmässig statt. Ebenso häufig werden diese unrühmlichen Anlässe durch Grossrätinnen und Grossräte aktiv begleitet oder zumindest sympathisieren sie sich mit dieser gewaltbereiten Klientel, ohne eine politische Verantwortung zu übernehmen oder Vorbild zu sein. Ich erinnere an die Besetzung der Notwohnungen am Rüchligweg in Riehen, wo ebenfalls rund 1'000 Personen die

Häuser und das Areal verwüsteten, an die Villa Rosenau, an WEF-Demonstrationen, 1. Mai Kundgebungen, an Demonstrationen von Ausländern während der Weihnachtszeit, welche ebenfalls mit Zerstörung endeten, etc.. Offenbar hat die Redewendung: "Mitgegangen – Mitgefangen" keine Bedeutung.

Gemäss Berichten wurde diese illegale Hausbesetzung mit anschliessender Party von langer Hand vorbereitet. Somit ist auch bekannt, dass das Netzwerk DeRIVAt dahinter steckt.

Für jeden vernünftigen Anlass braucht es eine Bewilligung und der Organisator ist auch für die Sicherheit verantwortlich. Nun ist unklar, ob für eine nicht bewilligte Aktion mit bekannten Verantwortlichen mit anderen Massstäben gemessen wird oder sogar andere Regeln gelten.

Aufgrund dessen stellen sich einige Fragen, welche ich bitte den Regierungsrat zu beantworten:

1. War dem Regierungsrat das Netzwerk DeRIVAt bekannt?
2. Zur Kundgebung wurde im Internet durch diese Gruppierung aufgerufen. Wann war der Regierung dieser Aufruf bekannt?
3. Warum hat die Behörde nicht unmittelbar nachdem die Absperrungen gewaltsam weggeräumt wurden und die Sicherheitsleute flüchten mussten eingegriffen?
4. Oft muss sich die Polizei Vorwürfe gefallen lassen, warum sie nicht einschreitet. Nun gehört das Areal des alten UKBB zu Immobilien Basel-Stadt. Warum wurde nicht sofort, als die Hausbesetzung bekannt wurde, Strafanzeige eingereicht?
5. Hat in der Zwischenzeit Immobilien Basel-Stadt Strafanzeige eingereicht?
Falls nein: Warum nicht?
Falls ja: Wie lautet die Anklage?
6. Werden die Organisatoren, welche einen riesigen Sachschaden bei Mobiliar und medizinischen Geräten angerichtet haben zur Verantwortung gezogen, resp. wurde für diese Schäden ebenfalls Strafanzeige eingereicht?
Falls nein: Warum nicht?
7. Regelmässig sympathisieren sich auch kantonale Politiker mit Organisatoren von solchen oder ähnlich gelagerten Aktionen. Standardsprüche sind, man möchte eigentlich nur vermitteln oder dekalierend wirken. Hat man Erfolg, sonst man sich gerne im Rampenlicht. Kommt es zu Ausschreitungen, Sachbeschädigungen oder sogar zu verletzten Personen, will niemand die Verantwortung mittragen. Nun stellt sich die Frage, ob im vorliegenden Fall neben dem Netzwerk DeRIVAt auch politische Mitverantwortliche auszumachen sind?
8. Das Gebäude des UKBB, sowie die Terrassen waren überfüllt. Dass die Sicherheit nicht gewährleistet ist und man mit Unfällen hätte rechnen müssen, war offensichtlich. Trotzdem wurde die Party durch die Organisatoren weitergeführt, bis es zum vorhersehbaren Unfall

gekommen ist. Ist der Regierungsrat auch der Meinung, dass die bekannten Organisatoren für die Sicherheit und somit auch für den Unfall in die Verantwortung genommen werden müssen?

9. Bereits 3 Stunden nach dem traurigen Unfall des Jugendlichen, gab das Netzwerk DeRIVAt in einer Medienmitteilung unmissverständlich bekannt, dass es weiterhin selbstverwaltete Freiräume schaffen will. Somit ist zweifelsohne mit weiteren gewaltsamen Besetzungen von Arealen und Gebäuden zu rechnen. Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?
10. Hausbesetzungen beginnen meist in kleinerem Rahmen und nicht selten sind die Organisatoren bekannt. Auch Aufrufe, wie die im vorliegenden Fall UKBB, können im Internet ausgemacht werden. Wird der Regierungsrat weiterhin solch illegalen Aktionen tatenlos zusehen und Risiken in Kauf nehmen oder versucht er zukünftig diese vorzeitig aufzulösen, um Schlimmeres zu verhindern?

Lorenz Nägelin